

ASF aktuell



ENTSCHEIDEND Europawahl – ab Seite 3

ERFOLGREICH Klausurtagung – Seite 7

ENGAGIERT Die „Neuen“ im ASF-Landesvorstand – ab Seite 10

KOMMUNAL- UND EUROPAWAHL AM 25. MAI 2014

ASF WÜNSCHT ALLEN EINEN ERFOLGREICHEN WAHLKAMPF!



Jetzt gilt's: Endspurt zur Kommunal- und Europawahl am 25. Mai 2014

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
es ist der 25. Mai und mindestens 80 Prozent der Wahlberechtigten gehen wählen. Es stehen gleich viel gute Frauen und Männer zur Wahl und nach der Auszählung werden wir 50 Prozent Frauen in den Gemeinderäten und Kreistagen sitzen haben.

Schnips. Aufwachen bitte! Ankommen im Jahre 2014 in Baden-Württemberg. Ankommen in dem Bundesland, das als einziges Land kein Listenwahlrecht hat. Ankommen im Bundesland, in dem seltsame Deals der Regierungsfractionen mit dem politischen Gegner stattfinden, um eine Änderung des Landtagswahlrechts zu verhindern. Schmerzliche Ankunft. Manchmal braucht es Humor, um die Realität ertragen zu können. Vermutlich deshalb war unsere Pressemitteilung zum 1. April solch ein Renner. Über 2000 Mal wurde „70 Frauen-70 Wahlkreise“ (vgl. S. 2) gelesen. Wer jetzt allerdings glaubt, dass das unser letztes Aufbäumen in Sachen Landtagswahlrecht war, dem werden wir sehr bald schon beweisen, dass dem nicht so ist.

Widmen wir uns weiter der Realität, die natürlich auch schöne Seiten hat. Unsere ASF-Bundeskonferenz zum Beispiel, die vom 20.-22.Juni in Karlsruhe stattfinden wird. Mit Evelyne Gebhardt und Dr. Claudia Schöning-Kalender im ASF-Bundesvorstand und einer guten inhaltlichen Arbeit der baden-württembergischen Frauen ist es uns gelungen die BUKO ins Ländle zu holen. Rebekka Henschel wird uns in der Antragskommission vertreten und Luisa Boos wird dem Präsidium angehören. Wir laden heute schon alle frauenpolitisch Interessierten sehr herzlich ein, als Gast an unserer Konferenz teilzunehmen. Auf spannende Gäste und inhaltliche Debatten auf sehr hohem Niveau können sich BesucherInnen freuen. Dass die ASF in Baden-Württemberg auch die Kommunalpolitik im Fokus hat, zeigt einerseits der „Run“ auf die von Sonja Elser angebotenen – *weiter auf Seite 2*

IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1-2
Wahlaufruf	Seite 2
Pressemitteilung zum 1. April	Seite 2
Die Europawahl – eine Richtungsentscheidung	Seite 3
Vielfalt in Europa	Seite 4
Wie weiter mit dem Landtagswahlrecht?	Seite 4
BürgermeisterIn gesucht	Seite 5
Ankündigung	Seite 5-6
Mütterrente	Seite 6
Aus dem Bundestag	Seite 6
Glückwunsch	Seite 7
Klausurtagung	Seite 7
Lila Brombeere	Seite 8
Aus den Kreisen	Seite 8-10
Neu im ASF-Landesvorstand	Seite 10-11
Aus dem BMFSFJ	Seite 11-12
Impressum	Seite 12

Seminare, andererseits auch die Tatsache, dass fast alle Landesvorstandsmitglieder mindestens für ein kommunales Ehrenamt kandidieren. Wir wünschen allen SPD-Kandidatinnen einen bereichernden Wahlkampf und ein gutes Ergebnis, am liebsten natürlich ein Mandat.

Auch unserer Europa-Spitzenkandidatin Evelyne Gebhardt wünschen wir ein Ergebnis, das ihren Einsatz und ihre hervorragende inhaltliche Arbeit in und für Europa belohnen wird.

Nach dem 25. Mai wird es die Aufgabe der SPD in Baden-Württemberg sein, die Kommunalwahllisten im Hinblick auf die Einhaltung des Reißverschlusses, auf die Listenplätze der kandidierenden Frauen und die Veränderungen des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten zu analysieren. Welche Konsequenzen sich ergeben, welche Schlussfolgerungen

gezogen werden-die ASF wird diesen Prozess begleiten und unterstützen.

Weil es so schön passt, schließe ich heute mit einem Zitat von Hedwig Dohm*

„Glaube nicht: Es muss so sein, weil es nie anders war. Unmöglichkeiten sind Ausflüchte für sterile Gehirne. Schaffe Möglichkeiten!“

Anette Sorg
ASF-Landesvorsitzende

Bereits 1873 forderte Hedwig Dohm (1831-1919) das Stimmrecht für Frauen und setzte sich in ihrer umfangreichen Literatur Zeit ihres Lebens für die politische, soziale und ökonomische Gleichstellung von Männern und Frauen ein.

WAHLAUFRUF

WÄHLT (AUCH) FRAUEN!

Die Kommunalwahl-Listen sind erstellt, landauf landab kandidieren engagierte Männer und Frauen auf SPD Listen und stellen ihren Namen, ihr Gesicht und die Bereitschaft sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen der SPD zur Verfügung. Es ist großartig über welches Potential die SPD hier verfügt.

Zum ersten Mal sind diese Listen (weitgehend) nach dem Reißverschluss-Prinzip erstellt worden, so dass sich nun in

noch mehr Städten und Kreisen Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen zur Wahl stellen konnten. Der Listenplatz ist das Eine – Gewähltwerden das Andere. Daher unser Appell:

Liebe Männer, liebe Frauen, spiegelt diese Vielfalt und Bandbreite in eurem Abstimmungsverhalten wieder. Wählt (auch) Frauen!

MEHR FRAUEN IN DEN LANDTAG: ASF STELLT KAMPAGNE „70 WAHLKREISE – 70 FRAUEN“ VOR

EINE NICHT GANZ ERNST GEMEINTE PRESSEMITTEILUNG ZUM 1. APRIL

Die ASF Baden-Württemberg stellte am heutigen 1. April 2014 auf einer Pressekonferenz in Stuttgart ihre Kampagne „70 Wahlkreise – 70 Frauen!“ vor. Die Kampagne entstand mit dem festen Willen den Frauenanteil im baden-württembergischen Landtag zu erhöhen und nachdem absehbar war, dass die grün-rote Landesregierung trotz ihrer Mehrheit keine Wahlrechtsreform auf den Weg bringen wird.

„Heute kann ich hier stolz verkünden: In jedem der 70 Landtagswahlkreise wird eine SPD-Frau eine Kandidatur für den Landtag anstreben!“, eröffnete die ASF-Landesvorsitzende Anette Sorg die Pressekonferenz. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen machte deutlich, dass sie die Forderungen nach Alternativen zu einer Wahlrechtsreform sorgfältig geprüft habe und dies die einzige logische Konsequenz sei, um den Frauenanteil effektiv zu erhöhen und endlich Parität herzustellen. „Wir als SPD werden zeigen, dass wir den Kampf um Gleichstellung weiterhin sehr ernst nehmen und als ASF hoffen wir in der kommenden Legislaturperiode weitestgehend Frauen in den Landtag entsenden zu

können. Selbstverständlich hätten wir eine Reform des Wahlrechts vorgezogen, nahmen aber auch den Arbeitsauftrag an uns sehr ernst, wirksame Alternativen hierzu zu entwickeln.“, so der ASF-Landesvorstand.

Als nächster Schritt werden gegen Ende des Jahres in allen Wahlkreisen Frauenkonferenzen stattfinden, auf denen sich die örtliche Kandidatin vorstellen wird. Die Liste der Kandidatinnen wird solange vertraulich behandelt. Der SPD-Landesverband signalisierte jedoch bereits jetzt eine breite Unterstützung der ASF-Kampagne. „Wir überlegen uns gerade, wie der Landesverband weibliche Kandidierende im Wahlkampf finanziell besonders unterstützen kann, um einen weiteren Anreiz in den Wahlkreisen zu schaffen, eine Frau zu nominieren.“, sagte ein Landesvorstandsmitglied.

Positive Signale sendete auch der Führungskreis der SPD-Landtagsfraktion. Aus ihren Reihen war zu hören, dass sie Kandidaturen von Frauen mit aller Kraft unterstützen werden. Vor allem in Wahlkreisen, wo kein Mann kandidiert und die Wahlaussichten gering sind.

DIE EUROPAWAHL – EINE RICHTUNGSENTSCHEIDUNG

FÜR EIN SOLIDARISCHES UND GERECHTES EUROPA



Evelyne Gebhardt MdEP
(© European Parliament)

Am 25. Mai ist Europawahl - die zweitgrößte demokratische Wahl der Welt, bei der 400 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen sind, die Weichen für Europas Zukunft zu stellen.

Dieses Mal geht es um mehr als je zuvor bei einer Europawahl. Warum? Nie hatte das Europäische Parlament größere Kompetenzen als heute, fast alle Lebensbereiche der Bürger und Bürgerinnen werden durch europäische Gesetze berührt. Jetzt, nach Jahren der Krise, geht es um eine echte Richtungsentscheidung für Europa. Hinzu kommt, dass die Wähler und Wählerinnen - über die Wahl der 751 Abgeordneten hinaus - bei dieser Europawahl mit ihrer Stimme erstmals entscheidenden Einfluss darauf nehmen, wer an der Spitze der neuen Europäischen Kommission steht. Denn zum ersten Mal treten die europäischen Parteienfamilien mit gemeinsamen europaweiten Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen an, die sich sogar in mehreren TV-Runden gegenüberstehen. Ein echter Meilenstein für die europäische Demokratie!

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden diese historische Chance nutzen, weil wir Europa eine neue Richtung geben wollen – als stärkste Fraktion im Europäischen Parlament und mit Martin Schulz als neuem Präsidenten der Europäischen Kommission.

Europa eine neue Richtung geben, was heißt das konkret? Ich will ein solidarisches und gerechtes Europa, das seiner Jugend eine echte Zukunftsperspektive gibt. Es ist schlichtweg beschämend, wenn mancherorts in Europa jeder zweite junge Mensch keinen Job hat. Wir können und dürfen nicht zulassen, dass eine ganze Generation verloren geht! Mit Symbolpolitik und bloßen Ankündigungen ist diesen jungen, bestens ausgebildeten Menschen nicht geholfen. Wir müssen vielmehr für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Das heißt, wir müssen massiv in Bildung, Ausbildung und Beschäftigung investieren, anstatt mit einer rigiden Sparpolitik ganze Volkswirtschaften in den Abgrund zu treiben. Wir

brauchen eine neue, koordinierte europäische Industriepolitik, die auf Investitionen in Innovation und die Stärkung der industriellen Basis Europas setzt.

Neben jungen Leuten sind vor allem Frauen die Verliererinnen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Armut in Europa ist weiblich und noch immer besteht ein völlig inakzeptables Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Wir müssen diese Ungerechtigkeit endlich überwinden und außerdem europaweit für verbindliche und existenzsichernde Mindestlöhne sorgen, Lohndumping und Scheinselbstständigkeit bekämpfen und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

Wir brauchen darüber hinaus eine gesetzliche Geschlechterquote für Vorstände und Aufsichtsräte großer Unternehmen, um endlich die gläserne Decke einzureißen, die Frauen den beruflichen Aufstieg versperrt. Dies könnte einen Kulturwechsel in Unternehmen begründen, der dem Lebensentwurf von Frauen gerechter wird. Europa muss viel entschlossener gegen Menschenhandel, Zwangsprostitution und gegen jede Form von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe, Herkunft oder religiösem Bekenntnis vorgehen.

Das alles geht nur mit uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen. Wir stehen für ein aufgeschlossenes, modernes Europa der Vielfalt, während sich die Konservativen gesellschaftlichem Fortschritt konsequent verweigern.

Ich will ein Europa der Bürgerrechte, das seine hohen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards verteidigt und ausbaut und das unsere persönlichen Daten schützt. Freihandel um jeden Preis ist für mich keine Option!

Ich trete ein für ein wirtschaftlich starkes und ökologisch ehrgeiziges Europa ohne Genmanipulationen, das die Energiewende vorantreibt. Ich kämpfe für eine humane Flüchtlingspolitik und ein Europa, das seiner globalen Verantwortung gerecht wird, anstatt sich hermetisch abzuschotten. Ich will ein Europa, das sich für Frieden und Entwicklung stark macht.

Europa muss seinen Weg zu einer politischen Union konsequent weitergehen. Populisten, die über keinerlei Konzept für die Zukunft verfügen, sondern einfach nur das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, dürfen keine Chance haben.

Bei der Europawahl am 25. Mai geht es um nichts weniger als um die zukünftige Ausrichtung der europäischen Politik. Klar ist: Europa kommt nur voran mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament und mit einem sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten namens Martin Schulz. Gemeinsam können wir diese Ziele erreichen und dafür kämpfe ich mit ganzer Kraft.

Evelyne Gebhardt MdEP
Stellv. ASF-Bundesvorsitzende

DER KAMPF UM VIELFALT IN EUROPA

AKTUELLER DENN JE?

Europa – vor den Wahlen. Europa - während einer Abfolge von Krisen, in denen erzkonservative und rechte Bewegungen erstarken. Was bedeutet das für unsere Zukunft, auch aus gleichstellungspolitischer Perspektive?

Die Abfolge der verschiedenen Krisen in Europa hat zur Folge, dass rechtspopulistische, rassistische und faschistische Parteien an Zuspruch gewinnen, die Vielfalt, Gleichstellung und Menschlichkeit in den Nationalstaaten und auch in Europa verhindern wollen. MigrantInnen sind ein schnell gefundenes Opfer, Hetzparolen wie „Ausländer raus!“ und „Das Boot ist voll!“, hört mensch die Tage wieder öfter.

Unsere Geschichte hat uns gelehrt, wohin Rassismus, Faschismus und Menschenfeindlichkeit führen können. Deshalb: Wehret den Anfängen! Der Kampf um Vielfalt ist in Europa aktueller denn je. In den letzten Jahren konnte man deutlich den Eindruck gewinnen, dass sich die Gesellschaft in einer Rückwärtsbewegung befindet. Alltagsrassismus und auch Sexismus werden nicht mehr bekämpft, sie werden gelebt, akzeptiert und aktiv mit ihnen Wahlkampf gemacht. Ein Beispiel hierfür ist die Aktion der Jugend der AfD, die darauf abzielt, feministische

Bewegungen und Forderungen zu diffamieren. Verbunden mit einer jungen Generation an Frauen, die denkt, dass „sie ja eh schon alles haben, was sie brauchen“, findet dieses Gedankengut einen erschreckend großen Nährboden. Daran können auch die progressiven Debatten über Alltagssexismus, wie bei #Aufschrei offensichtlich nichts ändern.

Es muss nun aktuell unser Auftrag sein, der gefährlichen populistischen Mischung aus Alltagsrassismus, Nationalismus und Sexismus entschieden entgegen zu treten. Nicht nur in Wahlkampfzeiten. Lasst uns gemeinsam die gesellschaftliche Debatte prägen und zeigen, dass Migrantinnen und Migranten eine kulturelle Bereicherung sind und eben keine Last. Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, als Mensch Wertschätzung zu bekommen und nicht auf unsere Körper oder unser Aussehen reduziert zu werden. Denn noch besteht die Hoffnung, den Rückfall in alte Zeiten zu verhindern, die nicht erlöschen darf.

Christina Gruber

KV Breisgau-Hochschwarzwald

WIE WEITER MIT DEM LANDTAGSWAHLRECHT?

NICHT ZUSEHEN UND ABWARTEN, SONDERN NACHFRAGEN

Bei dem Treffen der interfraktionellen Arbeitsgruppe zum Landtagswahlrecht am 27. März 2014 gab es erneut keine Einigung, wie der Frauenanteil im Landtag über eine Wahlrechtsänderung erhöht werden soll.

Es wurde ein weiterer Termin vereinbart. Wenn es weiterhilft, nur zu. Doch wir Frauen werden auch weiterhin nicht einfach zusehen und abwarten, ob das xte weitere Treffen eine Einigung bringen wird. Wir machen auch weiterhin klar: wir wollen eine Änderung des Landtagswahlrechts in ein Listenwahlrecht! Wir lassen uns nicht damit abspeisen, dass eine solche Änderung nur einvernehmlich fraktionsübergreifend möglich sei, wenn eine einfache gesetzgeberische Mehrheit – also die der Regierungsfractionen – ausreicht, um das Gesetz zu ändern.

Und daher sind wir weiterhin aktiv. Gemeinsam mit dem Landesfrauenrat und den Gewerkschaften arbeiten wir an Ideen und Strategien, um das Thema doch noch voran zu bringen. Begleitend dazu brauchen wir eure Unterstützung vor Ort, das Thema soll nicht in den Hintergrund treten.

- Fragt bei den Abgeordneten eures Wahlkreises, bzw. euren Betreuungsabgeordneten nach: Wie stehen diese zur Änderung des Landtagswahlrechts? Was sind ihre Vorstellungen um den Frauenanteil im

Landtag zu erhöhen? Hierfür eignet sich als Grundlage der Briefentwurf, den ihr bereits zugesandt bekommen habt und den ihr bei gudrun.igel-mann@spd.de erneut abrufen könnt.

- Veröffentlicht Presse-meldungen (auch hier gibt es eine verwendbare Vorlage des Landesvorstands), bietet Pressegespräche an – nutzt die mediale Aufmerksamkeit, die das Thema hat
- Macht öffentliche Diskussionsrunden mit den Abgeordneten. Wir Mitglieder des AsF Landesvorstandes unterstützen euch gerne auch vor Ort, in der Vorbereitung genauso wie bei Veranstaltungen.

Denn eines ist klar: die meisten Landtagsabgeordneten wollen wieder gewählt werden. Dafür brauchen sie auch die Stimmen von uns Frauen! Laut den Analysen der Forschungsgruppe Wahlen entscheiden Frauen die Wahlen.

Lasst uns diese Kraft nutzen damit wir Frauen endlich entsprechend unseres Bevölkerungsanteils in den Parlamenten vertreten sind.

Anette Sorg, Sonja Elser, Andrea Schiele, Luisa Boos
Geschäftsführender ASF-Landesvorstand

BÜRGERMEISTERIN GESUCHT!

MEHR FRAUEN IN DIE RATHÄUSER

Der Wille zur Gestaltung des Stadtbilds, die Freude am Umgang mit Menschen und die Verpflichtung gegenüber der Stadt oder der Gemeinde – dies sind laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung die drei meistgenannten Beweggründe, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren.

Im Zuge der Studie kam auch heraus: Stadtentwicklung scheint ein Anliegen von Männern im Alter zwischen 50-59 Jahren zu sein. Lediglich fünf Prozent aller „städtischen Chefsessel“ werden von Frauen besetzt. Und da dachte man, die Frauenquote in den Gemeinderäten und den Landtagen sei schon „unterirdisch“. Baden-Württemberg bildet in diesen Fällen mehr als nur ein trauriges Schlusslicht.

Das Fritz-Erler-Forum Baden Württemberg analysierte im Jahr 2011 175 Bürgermeisterwahlen. Von den insgesamt 369 Kandidat/innen waren lediglich 36 Frauen (zehn Prozent). Von diesen wurden wiederum 13 gewählt. Dies entspricht am Ende einer Frauenquote von gerade einmal sieben Prozent.

Zum Vergleich: ein durchschnittlicher Informatikstudiengang besteht zu 15 Prozent aus Studentinnen. Beim Berufsbild Bürgermeister/in bewegen wir uns im Bereich der Steinbrecher, Fernmeldetechniker, Glasmassehersteller und Schornsteinfeger. Und es gibt deutlich mehr Kutscherinnen (12,9 Prozent), Jägerinnen (13,8 Prozent) oder Soldatinnen (9,7 Prozent)!

Worin ist dies begründet?

Die Studie der Bertelsmann Stiftung versuchte – unter Befragung von 1.150 zufällig ausgewählten Bürgermeister/innen – auch die Ursachen für den Männerüberhang zu ergründen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nannten Frauen und Männer unabhängig voneinander als größtes Hindernis für Frauen, kommunalpolitisch aktiv zu werden (90 Prozent der Frauen / 73 Prozent der Männer). Weitere Gründe waren „mehr Interesse an Sach- als an Machtfragen“ (82 Prozent Frauen, 36 Prozent Männer) sowie „Männerdominierte Machtstrukturen“ (79 Prozent Frauen, 49 Prozent Männer) und „Männer nehmen weniger Rücksicht“ (68 Prozent Frauen, 26 Prozent Männer).

Brauchen wir ein Frauenförderprogramm für das Berufsbild „Bürgermeisterin“?

Seit vielen Jahren und Jahrzehnten werden mit speziellen Programmen (Girls' Day, Frauenwirtschaftstagen etc.) alte Strukturen aufgebrochen und Frauen an die

„Männerberufe“ herangeführt. Warum also kein Bürgermeisterinnen Day?

Die Unterschiede der politischen Arbeits- und Denkweise zu erkennen ist der eine große Schritt, den jede (männerdominierte) Partei gehen muss, um Frauen für Kommunalpolitik zu gewinnen.

Ansätze und Strategien sind vorhanden und müssen nicht neu erfunden werden: Frauen sind bereits heute in unendlich vielen Vereinen und Verbänden engagiert dabei. In Bürgervereinen und –initiativen, Elternbeiräten und –initiativen zur Kinderbetreuung oder bei den Landfrauen. Zunehmend bringen sie sich auch bei dem DRK, dem THW und der Feuerwehr mit Leib und Seele ein. Das Vorwissen der Frauen ist da. Der „große“ Schritt in einen Gemeinderat ist da nur ein kleiner. Oftmals braucht es nur einen kleinen „Schubs“.

Daher überrascht es auch nicht, dass zwei von drei Frauen sagen, sie haben durch direkte Ansprache den Weg in die (Kommunal)Politik gefunden – und acht von zehn Frauen sagen, sie schätzen die Möglichkeit, etwas für andere zu tun und sehr nah am Bürger zu sein.

Dazu müssen aber auch die Randbedingungen stimmen: Unterstützung durch den Partner, Möglichkeiten von Kinderbetreuung, verlässliche Sitzungszeiten, Einhaltung von Themenstrukturen und Abläufen.

Ich freue mich, dass die SPD in Baden-Württemberg einen wichtigen Schritt gegangen ist und zur nächsten Kommunalwahl erstmals den „Reißverschluss“ anwendet. Frauen und Männern können auf diese Art gleichberechtigt um die Plätze konkurrieren. Und, was Frauen auch sehr wichtig ist, ihnen wird auf diese Art eine klare Perspektive aufgezeigt.

Z.Zt. erarbeitet eine Arbeitsgruppe aus dem SGK- und SPD-Landesvorstand ein Programm, um die Ortsvereine und Kreisverbände gezielt bei der Suche und dem Aufbau von Kandidat/innen für das Bürgermeister/innen-Amt zu unterstützen. Best Practice Beispiele lassen wir hier genauso einfließen wie auch die theoretischen Informationen, die in diesem Artikel kurz angerissen wurden. Der Prozess der Gleichberechtigung ist in der Kommunalpolitik noch ein langer. Frauen sind für diese Ämter aber mehr als befähigt. Manchmal noch zur Überraschung der Männer – doch daran werden sie sich gewöhnen und mit Freude in gemischten Teams arbeiten.

ANKÜNDIGUNG

ASF-BUNDESKONFERENZ IN KARLSRUHE

Wir freuen uns, dass die diesjährige ASF-Bundeskongress in Karlsruhe stattfinden wird. Von Freitag, 20., bis Sonntag, 22. Juni 2014, treffen sich 200 Delegierte, der ASF-Bundesvorstand und zahlreiche Gäste in der Stadthalle Karlsruhe. Das Motto der Konferenz lautet „Zeit zum Leben – Zeit zum Arbeiten“.

Als Redner/innen werden prominente Bundespolitiker erwartet, darunter nach derzeitigem Stand auch die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig.

Die Einladung wird Euch rechtzeitig zugehen, wir laden aber schon heute alle frauenpolitisch Interessierten ein, an der Bundeskongress als Gäste teilzunehmen. Bei der

Suche nach einer (günstigen) Übernachtungsmöglichkeit sind wir gerne behilflich (E-Mail: gudrun.igelmann@spd.de). Darüber hinaus könnt Ihr unter

www.asf.spd.de stets die aktuellsten Informationen abrufen.

MÜTTERRENTE

UNSER ZIEL BLEIBT DIE GLEICHBERECHTIGTE ANRECHNUNG VON KINDERERZIEHUNGSZEITEN

Die ASF Baden-Württemberg hat erstmals 2008 den Antrag gestellt, dass auch Mütter für ihre vor 1992 geborenen Kinder drei Jahre Beitragszeit in der Rentenversicherung angerechnet bekommen. Wir finden, dass diese willkürlich gezogene Grenze eine Ungerechtigkeit darstellt, die dringend behoben werden muss.

Unsere Forderung stieß lange Zeit auf taube Ohren. Im Koalitionsvertrag hat man sich nun darauf verständigt, für vor 1992 geborene Kinder zwei Jahre Beitragszeit anzurechnen.

Für uns kann das nur eine "Zwischenlösung" darstellen. Unsere Forderung bleibt weiterhin die gleichberechtigte Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor und nach 1992 geborene Kinder. Jedes Kind muss uns - wie beim Kindergeld auch - gleich viel wert sein.

Erfreulicherweise ist nun endlich ein Anfang gemacht. Wir werden dennoch unsere Forderung nach vollständiger Angleichung hartnäckig immer wieder formulieren.

Anette Sorg
ASF-Landesvorsitzende



Anette Sorg

Weitere Hinweise gibt es unter http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/4_Presse/infos_der_pressestelle/02_medieninformationen/03_pressematerial/rv_leistungsverbesserungsgesetz/140212_faq_muetterrente.html

AUS DEM BUNDESTAG

ANNETTE SAWADE ZUR VORSITZENDEN DES UNTERAUSSCHUSSES KOMMUNALES GEWÄHLT



Anette Sawade
MdB

In der konstituierenden Sitzung des Unterausschusses Kommunales wurde die SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Sawade zur Vorsitzenden gewählt.

„Es ist mir wichtig, mich auch im Deutschen Bundestag – also im Bund – für die kommunalen Belange einzusetzen. Deshalb freue ich mich natürlich ganz besonders, die Sitzungen des Unterausschusses leiten zu dürfen“, so die Sozialdemokratin nach der Sitzung.

Annette Sawade engagiert sich bereits seit Jahren in der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik

(SGK), die sie inzwischen als stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende vertritt. Unmittelbar mit dem Beginn der neuen Wahlperiode warb sie für die erneute Einsetzung des Unterausschusses. Schließlich sei dies ein wichtiges Zeichen für die Kommunen, ihre Belange auch parlamentarisch weiter im Blick zu halten.

„Kommunale Aspekte müssen in den Beratungen des Deutschen Bundestages Berücksichtigung finden. Das bedeutet nicht, dass wir über den Kanaldeckel in 'Hintertupfingen' entscheiden wollen. Vielmehr geht es darum, die Auswirkungen der Gesetzgebung auf die kommunale Wirklichkeit zu beachten. Mittlerweile gibt es sogar europäische Themen, die die Kommunalpolitik unmittelbar betreffen“, sagt Annette Sawade und verweist auf die Vorschläge der Kommission zur City-Mobilität.

Der Unterausschuss Kommunales wurde im Februar diesen Jahres vom Innenausschuss des Deutschen Bundestages eingesetzt. Den Unterausschuss gab es bereits in der vergangenen Legislaturperiode, jedoch erstmals seit 1964 auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion.

GLÜCKWUNSCH

ASF-LANDESVORSTAND GRATULIERT CHRISTINE ARBOGAST

Herzlichen Glückwunsch Christine Arbogast! Neue erste Bürgermeisterin der Stadt Tübingen ist die bisherige Leiterin des Amtes Bildung, Soziales und Familie der Stadt Nürtingen und langjährige Mitarbeiterin der Friedrich Ebert Stiftung im Fritz Erler Forum Stuttgart.

Der ASF-Landesvorstand freut sich, dass mit der Politologin und promovierten Historikerin eine kompetente Frau die Aufgaben im Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und

Ordnung, der Fachbereich Kunst und Kultur und der Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales sowie der Eigenbetrieb Musikschule, die Altenhilfe gGmbH, die Sporthallenbetriebs-GmbH, die Zimmertheater GmbH und die Stabsstelle Familie als Dezernatsleiterin übernimmt.

Wir wünschen Christine Arbogast alles Gute und viel Erfolg als erste Bürgermeisterin in Tübingen.

KLAUSURTAGUNG - MEHR ALS NUR KAFFEETRINKEN

BERICHT VON EINEM ARBEITSREICHEN WOCHENENDE IN SCHWÄBISCH HALL



Gut gelaunte Klausurteilnehmerinnen vor dem Lemberghaus

Was machen 14 Frauen auf einem Haufen ein ganzes Wochenende lang? Genau - Kaffeetrinken. Wer sich bei diesem Gedanken ertappt hat, sollte flugs über die eigenen Vorurteile nachdenken.

Tatsächlich traf sich der neugewählte ASF-Vorstand vom 11. – 13. April im Lemberghaus in Schwäbisch Hall zur Klausur, und selbstverständlich wurde hart gearbeitet.

Neben der Festlegung der Arbeitsverteilung und Zuständigkeiten, die sich in den Steckbriefen der neuen und alten Vorstandsmitgliedern auf der ASF-Homepage wiederfinden, haben wir uns für das neue Arbeitsjahr einiges vorgenommen: Unter anderem die Fortführung der beliebten ASF-Seminarreihe „Basics“ sowie ein Feminismus-Seminar.

Im Rahmen der Klausur haben wir uns zudem intensiv mit zwei inhaltlichen Schwerpunkten beschäftigt: Zum einen dem Prostitutionsverbot, dessen Pro und Contra wir kontrovers diskutiert haben. Die ASF Baden-Württemberg verurteilt die Zwangsprostitution auf das Schärfste und setzt sich für einen verbesserten Schutz der Betroffenen ein.

Besonders wichtig ist es in diesem Zusammenhang auch, dass eine offene und ehrliche gesellschaftliche Debatte zum Thema Prostitution geführt wird.

In der Politik wird bereits diskutiert – so findet im Sommer eine Anhörung im Bundestag zum Gesetzesentwurf der Großen Koalition zwecks Nachbesserung des rot-grünen Prostitutionsgesetzes statt.

Aufgrund der großen Aktualität des Themas haben wir außerdem beschlossen, dem Für und Wider des Prostitutionsverbots eine Sonderausgabe der ASF Aktuell zu widmen.

Zweiter inhaltlicher Themenschwerpunkt war ein Vortrag über die ambivalente Rolle der Europäischen Union im Bereich der Gleichstellung unter dem Motto „Europa – Fortschrittsmotor oder Krisenverstärker?“. Die anschließende Diskussion wurde durch den Besuch und Bericht unserer Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt bereichert, die sich zur großen Freude des Vorstands die Zeit nahm, uns in Schwäbisch Hall zu besuchen.

Auf Grundlage dieser Diskussion wurde die Gründung der Arbeitsgruppe „Bewegung“ beschlossen, die unter anderem den Fokus auf die Ansprache junger Frauen legt und aktuelle frauenpolitische Themen aufbereiten will.

Darüber hinaus haben wir uns mit der Vorbereitung der ASF-Bundeskonferenz beschäftigt, die vom 20. bis 22. Juni in Karlsruhe stattfinden wird. Neben der Behandlung vieler spannender Anträge stehen dort auch Vorstandswahlen an.

Zu guter Letzt sei daran erinnert, dass die ASF auch weiterhin auf eine Änderung des Landtagswahlrechts hinarbeiten wird, um den kläglichen Frauenanteil im Landtag zu erhöhen –



schließlich liegt uns die Einhaltung von Parteitagebeschlüssen am Herzen.

Wir freuen uns auf das kommende Arbeitsjahr gemeinsam mit euch und hoffen auf eure Beteiligung.

Marie-Luise Stallecker

LILA BROMBEERE

SUSI SCHNÄPF'S GEDANKEN ZUR GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Wer hat an der Uhr gedreht, ist es wirklich schon so spät? Oder wie der Rosarote Panther 2014 feststellt, dass wir frauenpolitisch einen absoluten Rollback ins Mittelalter erleben.

Rückblick 2011: Erstmals in Baden-Württemberg ist eine grün-rote Landesregierung am Start! Ein Koalitionsvertrag, der seinen Namen verdient, wird vorgestellt und siehe da, eine alte Forderung der Frauen ist auf dem Weg! „Änderung Landtagswahlrecht“

Ja... es wäre schon längst an der Zeit, wenn wir endlich die rote Laterne im Ländervergleich mal an die Bayern abtreten könnten, was den Anteil von Frauen im Parlament angeht!

Ja...es wäre schon längst an der Zeit, parteiintern zu diskutieren, ob den Beschlüsse aus dem Parteitag, also dem Souverän, einfach so von der Landtagsfraktion ignoriert werden dürfen oder ob hier nicht eine Verpflichtung der Landespartei gegenüber besteht!

Ja...es wäre schon längst an der Zeit, dass die Herren der Macht, uns Frauen nicht immer nur dann wichtig nehmen würden, wenn es um die Gleichstellung von Familie und Beruf geht oder den gemeinsamen Auftritten „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, sondern vielmehr die Rechte und Chancen herauszuarbeiten, die eben 50 % der Bevölkerung auch zustehen.

Ja...es wäre schon längst an der Zeit, wenn wir Frauen endlich solidarisch, gemeinsam und voller Loyalität den politischen Entscheidungsträgern mit einem Generalstreik drohen würden!

Aktueller Stand 2014: Die Fraktion beschließt mit einigen Ausnahmen, eine Änderung des Landtagswahlrechtes werde es nicht geben, dies sei undemokratisch und darüber „herrsche breiter interfraktioneller Konsens“. Klappe zu, Fisch tot, aus die Maus und rum ums Eck!

Wie haben wir uns auf gleichstellungspolitische Veränderungen gefreut, konnten es kaum erwarten, welche Änderungen zu einer echten Chancengleichheit auf den Weg gebracht werden. Frauenverbände aus dem ganzen Land, Hand in Hand, unzählige Veranstaltungen mit demselben Tenor: Endlich tut sich was im Bundesland der Spätzle, damit wir den Anteil von Frauen im Landtag deutlich erhöhen, und zwar so weit, dass die vielzitierte Augenhöhe, keine hohle Politikerphrase bleibt! Einigkeit und Gemeinsamkeit bei den Frauen, mit dem Vertrauen in die gute alte SPD, eben die Partei mit der fortschrittlichsten Gleichstellungspolitik!

AUS DEN KREISEN

BIBERACH

Die ASF Biberach hatte zu einer Diskussionsveranstaltung zum Landtagswahlrecht eingeladen. Andrea Schiele, stellvertretende ASF-Landesvorsitzende begann ihr Referat mit einem Zitat von Elisabeth Selbert, einer der vier Mütter des Grundgesetzes, eröffnet: „Die mangelnde

„April 2014 ist ein magischer Moment! Susi Schnäpf ruft die Revolution aus! - Alle Frauen im Bundesland vereinigt Euch im Kampf gegen die veralteten, männlichen zigarrenclubähnlichen Strukturen im

Landesparlament von Baden-Württemberg, angefangen bei der SPD Landtagsfraktion!“ Tja, Utopien sind erlaubt, doch holt die Realität „Frau“ schnell wieder ein!

Ausblick 2016: Frauen sind in Landtag von Baden-Württemberg unterrepräsentiert und die politische Führung fragt sich allen Ernstes: „Wie konnte denn das nur möglich sein, wir haben doch in der Förderung von Frauen alles nur Erdenkliche unternommen?!“

Naja, wer die strukturellen Rahmenbedingungen nicht dahingehend verändert, dass eine Chancengleichheit geschaffen wird, braucht sich auch nicht wundern, wenn die Ergebnisse alles andere als wünschenswert sind.

Fragt doch einfach mal die Frauen. Sind wir mittlerweile nicht diejenigen mit den besseren Schul-, Berufs- und Hochschulabschlüssen? Haben wir nicht über das Gender Budgeting die geschlechtergerechte Betrachtung in die Haushalte gebracht? Ach, und Ministerpräsidentin können wir auch noch! Kompetenzen soweit die Inhalte reichen! Ich, Susi Schnäpf, bin aktuell tief enttäuscht, sauer und frustriert, dass Gleichstellungspolitik nur dort vorangetrieben wird, wo sie auch ja keiner bestehenden Machtstruktur gefährlich werden könnte!

Ja, wir stehen wieder vor den Toren des vorherigen Jahrtausends! Ihr glaubt es nicht? Hier bitte:

Mehr Stolz, ihr Frauen! Wie ist es nur möglich, dass ihr euch nicht aufbäumt gegen die Verachtung, die euch noch immer trifft. - Auch heute noch? Ja, auch heute noch. (...) "
Hedwig Dohm (1831-1919) (deutsche Schriftstellerin, Publizistin, Dramatikerin und Frauenrechtlerin)

Also ihr lieben Frauen - was ist nun mit Revolution? Ich bin dabei...

Kämpferische Grüße – Eure

Susi Schnäpf



vertreten. „Wenn der Landtag sich weigert, das Wahlrecht zu ändern, verstößt er gegen den Auftrag des Grundgesetzes“, betonte Schiele und verweist auf Artikel 3, in dem es heißt „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

„Frauen machen nicht bessere Politik, sie bringen eine andere Sichtweise und Lebenserfahrung ein, die in der Gesetzgebung berücksichtigt werden muss“, erläuterte Schiele ihre Forderung, in einer Demokratie müsse eine

GÖPPINGEN

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Kreis Göppingen hatte die stellv. ASF-Landesvorsitzende Andrea Schiele aus Ulm zu Gast, die anlässlich des diesjährigen Equal Pay Day zum Thema „... und raus bist Du? Minijobs und Teilzeit nach Erwerbspausen“ referierte.

„Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit wegen der Geburt eines Kindes oder der Pflege von Angehörigen häufiger und länger als Männer. Wenn sie ins Berufsleben zurückkehren wollen, so tun sie dies meist in Minijobs oder Teilzeit“, so die ASF-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann in ihrer Begrüßung. Was wie ein familienkompatibler Weg zurück ins Arbeitsleben aussehe, entpuppte sich aber meist als berufliche Sackgasse.

„Die Stundenlöhne sind weitaus geringer, Aufstiegschancen gibt es kaum. Eine existenzsichernde Altersrente lässt sich so nur schwer aufbauen“, bestätigte Andrea Schiele. Zu viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse seien in der Vergangenheit in Minijobs umgewandelt worden. Auch das Ehegattensplitting halte viele Frauen davon ab, eigenständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Die Zahl

Volksvertretung auch das ganze Volk vertreten. Deshalb sei es nötig, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen. Ihrer Meinung nach beeinträchtigte eine quotierte Liste bei der Landtagswahl keinesfalls die Parteienfreiheit.

Für die Biberacher ASF-Kreisvorsitzende Dagmar Neubert-Wirtz, die 2011 als Zweitkandidatin für den Landtag kandidiert hatte, ist vermutlich Eigennutz ein Motiv für die mangelnde Bereitschaft zur Wahlrechtsreform: „Die Männer im Landtag befürchten, ihr eigenes Mandat zu verlieren, wenn mehr Frauen gewählt werden.“

der geringfügigbeschäftigten Frauen liege im Kreis Göppingen mit 18,4 Prozent deutlich höher als der Bundesdurchschnitt.

„Wir müssen weg vom antiquierten Rollenbild, in dem der Mann der Familienernährer und die Frau die Zuverdienerin ist“, forderte die ASF-Pressereferentin Dr. Gudrun Igel-Mann. Auch Männer wünschten sich mehr Zeit für Familie. Deshalb unterstützen die SPD-Frauen die Pläne von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ein „Elterngeld plus“ sowie den Rechtsanspruch auf Rückkehr in einen Vollzeitjob einzuführen. Bezahlte und unbezahlte Arbeit müsse gerechter verteilt werden.



Andrea Schiele (links) und Heide Kottmann

ORTENAU

Rund um den diesjährigen Internationalen Frauentag hat das Offenburger Frauennetzwerk, dem auch wir Frauen der ASF angehören, ein umfangreiches Programm zusammengestellt.



v.l.n.r.: Helga Pfahler, Elvira Drobinski-Weiß, Kirsten Braun, Renate Merten

Am 8. März gingen die Frauen von 10 bis 12 Uhr, mitten im Wochenmarktsgeschehen, der Frage nach: Was haben

beispielsweise Gotter Nes, Olympe de Gouges oder Clara Zetkin und all die Frauen der sogenannten „Neuen Frauenbewegung“ für die Gleichberechtigung der Frau auf den Weg gebracht?

Wir von der ASF Ortenau stellten mit Clara Zetkin die Frau vor, aufgrund deren Initiative 1911 zum ersten Mal der internationale Frauentag gefeiert wurde.

Anschließend fuhren wir nach Kehl, wo um 14:30 Uhr die grenzüberschreitende Veranstaltung „La robe - **18 Frauen, ein Kleid, 18 Geschichten**“ auf der Plattform der Passerelle des Deux Rives stattfand.

"la robe - elle passe" ist ein Kunstprojekt von Soroptimist International Offenburg-Ortenau und der Kunstschule Offenburg.

ULM

Vieles gleich und doch anders" - Bohlien berichtet beim Frauenempfang über den polizeilichen Berufsalltag

„Als einzige Frau Leiterin eines Polizeireviers zu sein ist etwas Besonderes“, betont die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, die Sonja Bohlien vom Polizeirevier Ehingen als Gesprächspartnerin eingeladen hatte. Beim alljährlichen Frauenempfang von Mattheis und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im gut besetzten Donaubüro wurde deutlich: im öffentlichen Dienst ist vieles für die Geschlechter gleich - und doch gibt es Unterschiede.

„Je höher der Dienstgrad, desto weniger Frauen“, fasste die ASF-Kreisvorsitzende Andrea Schiele die Statistiken über den Frauenanteil bei mittlerem, gehobenen und höheren Dienst der Polizei zusammen. Sie sei nie auf besondere Schwierigkeiten aufgrund ihres Geschlechts gestoßen, betonte Bohlien. In ihrem Revier sind lediglich 6 der knapp 90 Beschäftigten weiblich. Eher hilfreich sei, dass "der Polizeialltag hauptsächlich aus Kommunikation und Psychologie" bestehe und häufig eine soziale Motivation, den Menschen zu helfen, zur Berufswahl im Polizeidienst führe. Gleichzeitig gäbe es noch viel zu tun, um Erziehungs- und Pflegezeiten mit dem Schicht- und Wochenenddienst zu vereinbaren. "In Stuttgart gibt es für Mitarbeiter der



v.l.: Hilde Mattheis,
Sonja Bohlien,
Andrea Schiele

Polizei und Staatsanwaltschaft Betreuungseinrichtungen", nannte sie ein vorbildliches Beispiel.

Als größtes Problem im Berufsalltag nannte Bohlien, dass der Respekt vor der Uniform abnehme und die Gewalt gegenüber Polizisten zunehme. Für die Betreuung der Polizeibeamten, die nach belastenden Einsätzen Supervision oder psychologische Beratung benötigen, sei inzwischen gesorgt: „Das ist inzwischen normal, dass auch wir manchmal Hilfe annehmen". Besonderer Schutz biete auch der Frauenempfang, ergänzte Mattheis: „Im letzten Jahr gab es geistlichen Beistand aus Untermarchtal, dieses Jahr Sicherheit aus Ehingen - und im kommenden Jahr gibt es wieder eine besondere Frau, die aus ihrem Leben und Wirken erzählt".

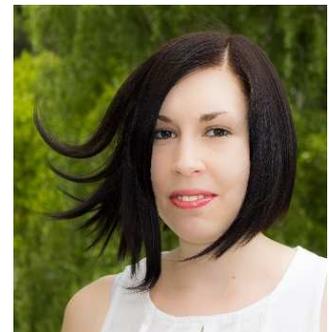
NEU IM ASF-LANDESVORSTAND

UNSERE „NEUEN“ STELLEN SICH VOR

LUISA BOOS

Luisa Boos ist 29 Jahre alt und wohnt als allein-erziehende Mutter mit ihrem Sohn in Sexau, einer kleinen Gemeinde im Landkreis Emmendingen. Sie war u.a. zwei Jahre stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Baden-Württemberg und trieb dort die gleichstellungspolitische Arbeit voran. Als neu gewählte Pressereferentin des geschäftsführenden ASF-Landesvorstands kann sie an dieses Engagement nahtlos anknüpfen. Durch ihre Verwurzelung in alle Ebenen der Partei, zum Beispiel als Ortsvereinsvorsitzende, Mitglied der Antragskommission oder Bundesparteitag- bzw. Parteikonventsdelegierte kann sichergestellt werden, dass von der ASF angestoßene Gleichstellungsthemen breit weitergetragen und voran

getrieben werden. Neben der Gleichstellungspolitik ist das Engagement für Europa Luisas großes Herzensthema. Sie beeinflusste nicht nur maßgeblich die europapolitische Beschlusslage der SPD Baden-Württemberg, sondern versucht ihre Vision von Europa in zahlreichen Veranstaltungen weiter zu geben und die SPD wieder zu einer Partei zu machen, die Europa tatsächlich lebt.



MARTINA HEER



1967 wurde ich in eine klassische Arbeiterfamilie hineingeboren. Meine Eltern legten bei mir und meinen beiden jüngeren Brüdern Wert auf eine gute Ausbildung. So durfte ich als erste in meiner Familie die Realschule besuchen und danach eine Ausbildung zur Beamtin des mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienstes bei der Stadtverwaltung

Göppingen absolvieren. Seit 1992

arbeite ich bei der Polizeidirektion Göppingen, welche seit 01.01.2013 im Polizeipräsidium Ulm aufgegangen ist. Dort bin ich im Bereich der Schutzkleidung, Schutzwesten, Ausstattung und Beschaffungen in der Verwaltung, Referat Finanzen, tätig.

Schon von Kindheit auf wurde es uns Kindern vorgelebt im Ehrenamt tätig zu sein. Von der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit, über die seit 29 Jahren immer noch andauernde ehrenamtliche Arbeit mit psychisch Kranken bis hin zur Arbeit im Sozialverband VdK und als Sprecherin

des Kreisfrauenrates Göppingen erlebe ich täglich Probleme, welche insbesondere Frauen erleben. Angefangen von fehlenden Kinderbetreuungsplätzen und den daraus resultierenden Folgen für die z.B. alleinerziehende Mutter, der schlechteren Entlohnung von Frauen, fehlende Erwerbsbiografien durch Kindererziehung, Pflege, Krankheit oder Behinderung, sowie der daraus entstehenden Altersarmut, alles Themen

MARIE-LUISE STALLECKER

Marie-Luise Stallecker ist 27 Jahre alt und wohnt im schönen Mannheim. Das Thema Gleichstellung in all seinen Facetten liegt ihr schon lange am Herzen und spiegelt sich auch in ihrer Studienfachwahl wider: Nachdem sie ihr Studium der Politikwissenschaft erfolgreich abgeschlossen hatte, entschied sie sich, noch einen Master in Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Wien drauf zu setzen. Auch beruflich beschäftigt sie sich mit Gleichstellung und Diversity – bis vor kurzem war sie als Referentin für Diversity + Inclusion tätig und arbeitet als freiberufliche Beraterin zu eben diesem Thema weiter.

die vorwiegend Frauen betreffen und bei denen noch viel getan werden muss.

Seit meinem Eintritt in die SPD (1997), bin ich auch im Vorstand der ASF Göppingen und will sehr gerne als Beisitzerin im Landesvorstand bei der Arbeit zum Wohle der Frauen mitarbeiten.

Dieser Hintergrund lässt auf Expertinnenkenntnisse bezüglich aller wichtigen Theorien der Frauen- und Geschlechterforschung sowie des Diversity-Managements schließen.

Politisch ist sie schon seit langen Jahren bei den Jusos in verschiedenen Funktionen und vor allem im Bereich der Frauenverbandsarbeit aktiv, seit 2013 gehört sie dem ASF-Landesvorstand an.



CLARA STREICHER



Clara Streicher ist nach Clara Zetkin benannt, daher steht es außer Frage, dass sie sich auch schon in jungen Jahren für frauenpolitische Themen interessiert und engagiert.

Sie 19 Jahre alt und kommt aus Leonberg im Kreis Böblingen.

Neben ihrer Tätigkeit als Bundesfreiwilligendienstlerin in

einer Behinderteneinrichtung im Förderungs- und Betreuungsbereich, engagiert sie sich in der SPD bei den Jusos und natürlich bei der ASF. Darüber hinaus ist sie aktiv bei Jugend gegen AIDS, als PEER (Referentin an Schulen) für das Projekt Positive Schule (Aufklärung an Schulen) und leitet das Projekt „90 Minuten gegen Rechts“.

Damit werden auch schnell ihre Themenschwerpunkte klar: Sexualität, Rechtsextremismus und Bildung. Besonders wichtig ist ihr sowohl dass Politik Spaß macht, als auch dass sie etwas bewirken und verändern kann.

AUS DEM BUNDESFAMILIENMINISTERIUM

DOSSIER ZUR MÜTTERERWERBSTÄTIGKEIT

Das Bundesfamilienministerium hat in Kooperation mit dem Zukunftsrat Familie ein Dossier „Müttererwerbstätigkeit“ aktualisiert. Darin werden Antworten darauf gegeben wann Mütter nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten und in welchem Stundenumfang sowie die Entwicklungen der letzten Jahre analysiert.

Es zeigt sich, dass Mütter ihre Erwerbstätigkeit immer kürzer unterbrechen. Bei Müttern von Kindern, die zwischen 2008 und 2010 geboren wurden, waren das durchschnittlich 19 Monate. Viele wären gerne noch früher wieder ins Erwerbsleben eingestiegen. Bei den Müttern mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren arbeiten 41 Prozent wieder, der Anteil steigt auf 54 Prozent mit zwei- bis dreijährigen Kindern. Verglichen mit 2006 sind dies deutlich mehr. Außerdem arbeiten Mütter mittlerweile



Manuela Schwesig (Foto: Marco Urban)

immer mehr Wochenstunden. Von den Müttern, die nicht erwerbstätig sind, möchten viele gerne arbeiten. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig begrüßt diese Entwicklung. Es zeige sich, dass junge Familien sich wünschen, dass beide Partner erwerbstätig sind und sich

um Haushalt und Familie kümmern. Darin sollen sie durch das Elterngeld Plus unterstützt werden. Das komplette Dossier zur Müttererwerbstätigkeit ist auf der Internetseite des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abrufbar unter www.bmfsfj.de.

FACHTAGUNG ZUR GLEICHSTELLUNG AUCH IM WAHLRECHT

Die ASF-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Elke Ferner, eröffnete am 30. April 2014 eine Fachtagung "Parité jetzt!". Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie der Anteil von Frauen in den Parlamenten wirksam gesteigert werden kann. Auf kommunaler Ebene beträgt der Frauenanteil durchschnittlich nur 25 Prozent, im Bundestag sind es rund 36 Prozent. Deutlich unterrepräsentiert sind Frauen in kommunalen Führungspositionen.

Das Beispiel unseres Nachbarn Frankreich zeigt, dass der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten durch Einführung des Parité-Gesetzes von 26 auf heute 48 Prozent gesteigert werden konnte. Inwieweit eine Quotenregelung und eine Änderung der Wahlgesetze möglich und nötig sind, wurde ausführlich erörtert.

Elke Ferner betonte, dass für sie Geschlechterquoten und deren Verankerung in Wahlgesetzen elementare Bausteine auf dem Weg zur paritätischen und gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am politischen Leben sind.

Es referierten Dr. Helga Lukoschat (EAF Berlin- Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.), Prof. Drude Dahlerup (Universität Stockholm), Prof. Dr. Birgit Meyer (Hochschule Esslingen) und Prof. Dr. Silke Laskowski (Universität Kassel) zur Frage, inwieweit



Elke Ferner (Foto: Marco Urban)

Quotenregelungen und die Änderung der Wahlgesetz möglich und nötig sind.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der Bundestagsfraktionen über Erfahrungen, Herausforderungen und Strategien, um Gleichstellung auch beim Wahlrecht herzustellen. „Mit Parität mehr Frauen in die Parlamente“ lautete das Fazit der Veranstaltung.

Weitere Informationen des unter www.frauen-macht-politik.de.

IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20
www.spd-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.